

Welt am Sonntag | 21.10.12

Industrie unter Strom

Die Ökostrom-Umlage wird so teuer, dass Bayerns Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gefährdet sieht. Immer mehr Unternehmen wollen jetzt die Befreiung von der Abgabe beantragen - und wappnen sich gegen Stromausfälle *Von Miriam Zerbel*

Gerhard Witzany ist kein Mann, der seinen Ärger gerne öffentlich macht. Ruhig und beherrscht spricht der Vorstand des Chemieunternehmens Nabaltec in Schwandorf über steigende Strompreise und "Subventionsgeflechte". Damit spielt er auf die gesetzlich garantierte, feste Vergütung von Ökostromeinspeisungen an. Dass ihn diese für 20 Jahre geltende Garantie der Vergütungssätze für die Betreiber von Wind- und Solarparks ärgert, ist nur an der Art der Formulierung zu bemerken. Von planwirtschaftlichen Maßnahmen spricht Witzany, die nicht in unsere Zeit passten. "Mit wirtschaftlichem Denken hat das nichts mehr zu tun."

Dabei profitiert Nabaltec selbst von Subventionen. Denn als energieintensives Unternehmen bekommt der Chemiespezialist deutliche Rabatte bei der im Strompreis enthaltenen Umlage für erneuerbare Energien. Lediglich 200.000 Euro waren deshalb für die Umlage im vergangenen Jahr fällig, bei einem Umsatz von 129 Millionen Euro.

Mit der Ökostromförderung wird die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen vorangebracht. Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens 35 Prozent des Stroms aus Wasser, Wind, Sonne, Erdwärme oder Biomasse kommen. Weil die Produktion dieses Stroms teurer ist als beispielsweise aus Kohle, wird sie finanziell unterstützt. Der normale Verbraucher zahlt dafür derzeit 3,59 Cent pro Kilowattstunde. Mit rund einem Cent finanziert er nach Angaben des Bundesumweltministeriums die Nachlässe für die Industrie. Insgesamt sind das heuer mehr als zwei Milliarden Euro.

Vor knapp einer Woche wurde bekannt, dass das nicht reiche: Von 2013 an steigt die im Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, festgelegte Ökostrom-Umlage auf 5,27 Cent pro Kilowattstunde, das sind rund 50 Prozent mehr.

Diese Steigerung werden wohl die meisten Stromkonzerne an ihre Kunden weitergeben. Für eine vierköpfige Familie mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden bedeutet das dann Mehrkosten von 50 bis 60 Euro im Jahr.

Die Konsequenzen, die die Politik zieht, sind unterschiedlich. Während Grüne und SPD Privilegien für die Wirtschaft einschränken wollen, fordern einige FDP-Politiker ein Ende der Ökostromförderung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht inzwischen "dringenden Reformbedarf". Zuvor war bekannt geworden, dass beispielsweise auch Hähnchenmastbetriebe von der EEG-Umlage befreit sind.

Allein in Bayern sind nach Angaben des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 126 Betriebe von der EEG-Umlage befreit oder begünstigt. Ursprünglich sollte damit verhindert werden, dass Unternehmen, die überdurchschnittlich viel Energie für die Produktion brauchen, beispielsweise in der Papier- oder Chemiebranche, im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden und abwandern.

Denn [Deutschland](#) (Link: /themen/deutschland-reisen/) hat mittlerweile im Vergleich mit den 17 anderen Staaten der Euro-Zone die höchsten Strompreise - für Privathaushalte. Für Industriekunden sieht das anders aus. Betriebe, die jährlich mehr als 500.000 Kilowattstunden verbrauchen, liegen laut Eurostat mit dem deutschen Strompreis nur knapp über dem Durchschnitt.

Aber die Arbeitgeber in der bayerischen Wirtschaft warnen, Industrie gegen private Verbraucher auszuspielen. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, vbw, fordert, alle Stromkunden vor Preissteigerungen zu bewahren. Andernfalls seien "die Attraktivität [Deutschland](#) (Link: /themen/deutschland-reisen/) s als Unternehmensstandort und die Arbeitsplätze in unserem Land massiv und nachhaltig

gefährdet."

Auch aus der Papierbranche sind scharfe Töne zu hören. Vor einer Deindustrialisierung warnt gar Jürgen Schaller, Geschäftsführer des mittelständischen Karton- und Verpackungsherstellers Carl Macher. "[Deutschland](#) (Link: /themen/deutschland-reisen/) ist kein industriefreundlicher Standort", sagt Schaller. "Wir stehen mit unserem Unternehmen im europäischen Wettbewerb, aber unser französischer Kollege hat nicht ansatzweise so hohe Energiekosten zu schultern wie wir."

40 Millionen Kilowattstunden Strom braucht der Papierhersteller aus dem oberfränkischen Köditz im Landkreis Hof. Die Papierindustrie gehört mit zu den energieintensivsten Branchen. Gäbe es die Begünstigung bei der EEG-Umlage nicht, müsste Schaller dafür jährlich mehr als eine Million Euro einkalkulieren. "Vom kommenden Jahr an wären es dann sogar zwei Millionen Euro", erklärt der Geschäftsführer. Durch den Nachlass sind es nur 200.000 Euro jährlich.

"Privilegierte Verbraucher" heißen im Amtsdeutsch die von der EEG-Umlage befreiten Abnehmer. Nach Berechnungen der Bundesnetzagentur verbrauchen einige Hundert Firmen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien. Und es werden mehr. Um in den Genuss der EEG-Befreiung zu kommen, reicht ein wesentlich geringerer Strombedarf der Unternehmen als bislang aus: Brauchen die Unternehmen eine Gigawattstunde Strom jährlich und müssen dafür 14 Prozent der Bruttowertschöpfung aufwenden, greift die Vergünstigung.

Für kommendes Jahr haben schon mehr als 2000 Betriebe entsprechende Anträge gestellt. Ziel ist, die Belastungen des stromintensiven Mittelstandes aufzufangen. "Wir waren von Anfang an von der EEG-Umlage befreit", betont Schaller, der für sein Unternehmen ganz andere Gefahren sieht. Der Chef der Papierfabrik Carl Macher fürchtet ganz grundsätzlich um die Versorgungssicherheit. Deshalb will er seinen Betrieb unabhängiger von externer Stromversorgung machen. "Ich warte nur darauf, dass es zu einem Blackout kommt und der Strom für 14 Tage weg ist", sagt Schaller. Deshalb überlegt er, unabhängig von der Netzversorgung, seinen eigenen Strom per Gas zu erzeugen.

Ein unkontrollierter Stromausfall ist auch für das Oberpfälzer Chemieunternehmen Nabaltec ein Schreckensszenario. "Die Schäden wären extrem", sagt Vorstand Witzany, "unsere Produkte könnten wir wegwerfen". Dort wird nun ebenfalls über eine Notfallversorgung nachgedacht.

Auch in einer der ältesten Eisengießereien Bayerns, der Carolinenhütte, ist die Strompreisdiskussion ein Thema. Denn der Energiekostenanteil in Gießereien ist sehr hoch. Im Werk in Kallmünz werden die Öfen allerdings mit Koks betrieben. In puncto Strompreise ein Segen. Dennoch: Trotz langfristiger Verträge mit einem Stromversorger schlägt die Erhöhung der EEG-Umlage für den Betrieb mit Mehrausgaben von 30.000 Euro zu Buche. "Wir stehen im internationalen Wettbewerb. Es bleibt mir gar nichts übrig, als jetzt einen Antrag auf EEG-Befreiung zu stellen", sagt Geschäftsführer Klaus Bittermann. Möglich wird das durch die Novelle des Gesetzes. Bislang gehört die Carolinenhütte nicht zum Kreis der Privilegierten und muss die EEG-Umlage zahlen.

Doch nicht nur die Ökostromförderung steigt. Weil der Staat auf die Umlage auch noch 19 Prozent Mehrwertsteuer aufschlägt, und zudem noch Kosten für den Netzausbau und Reservekraftwerke anfallen, rechnen die Energieversorger mit steigenden Preisen. Insgesamt gehen sie im kommenden Jahr von einem Plus von zehn Prozent aus.

Da sind Einsparpotenziale gefragt. Während die Carolinenhütte auf staatlich geförderte externe Berater gesetzt hat, kümmern sich in der Eisengießerei von Bosch Rexroth in Lohr eigene Mitarbeiter darum, den Energiebedarf zu erfassen und auszuwerten.

"Nur was man kennt, kann man auch einsparen", heißt es in dem Werk. Und so wird beispielsweise die Abwärme der Öfen genutzt, um die Werkshallen zu heizen. Die Gießerei in Lohr war immerhin eine der ersten in [Deutschland](#) (Link: /themen/deutschland-reisen/), die von der Europäischen Union für ihren optimalen Umgang mit Energie zertifiziert wurde.

Dass die Energiewende nicht gratis ist, war klar. Für Schaller ist aber auch klar: "Die Energiewende ist nicht richtig durchdacht." Kritische Worte findet selbst die Bundesnetzagentur: "Es gilt, zukünftig die richtige Balance zwischen der notwendigen Entlastung der stromintensiven Industrie und der Belastung für mittlere und kleine Unternehmen sowie der Haushaltskunden zu fördern."